

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
(VVN/BdA) – Kreisverband Augsburg

Dr. Harald Munding
Kirchbergstr. 40
86157 Augsburg
Telefon: 0821/523174



P R E S S E M I T T E I L U N G

NPD Verbot jetzt

Am 25.1. 2007 startete bundesweit die Kampagne „NONPD NPD-Verbot jetzt“. Bisher wurden über 131000 Unterschriften gesammelt.

Seit März führte der Kreisverband der VVN/BdA sieben Informationsstände in der Innenstadt durch und sammelte bisher über 1000 Unterschriften. Auch viele Lokalpolitiker wie OB Dr. Wengert, Heinz Paula oder Alt-OB Hans Breuer unterstützen mit Ihrer Unterschrift die Kampagne.

Am 29.9. werden wir wieder ab 10.00 Uhr einen Infostand in der Annastraße/Unter dem Bogen durchführen und Unterschriften für den nachfolgenden Aufruf sammeln.

Der Aufruf:

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

wir fordern Sie auf, ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD nach Artikel 21, Absatz 2 Grundgesetz auf den Weg zu bringen. Die seinerzeit von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat geltend gemachten Verbotgründe bestehen nach wie vor.

Seit über 40 Jahren ist in der Bundesrepublik mit der NPD eine Partei wirksam, die in der Tradition der NSDAP steht. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich. Sie tritt für ein neues »Deutsches Reich« ein und lehnt die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ab.

Sie propagiert zur Durchsetzung ihrer politischen Ideologie nicht nur Gewalt, sondern bietet auch Gewalttätern eine politische Heimat und unterstützt sie. Sie ist in einem hohen Maße für ein geistiges Klima verantwortlich, in dem vielfältige strafbare Handlungen gedeihen. Sie nutzt den Parteienstatus aus, um Gelder von einem demokratischen Staat zu beziehen, den sie abschaffen will.

Das Grundgesetz ist der Gegenentwurf zur Terrorherrschaft des Nazi-Regimes. Nur vor diesem Hintergrund des Faschismus sind seine Bestimmungen, insbesondere in Artikel 1, zu den Grundrechten und über den Schutz der Demokratie zu verstehen. Bezug nehmend auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, der Alliierten Kontrollratsgesetze und deutsche Rechtsvorschriften heißt es in Artikel 139 des Grundgesetzes:

»Die zur ›Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‹ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.« Die NPD muss mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen verboten und konsequent aufgelöst werden!

Wir fordern Sie deshalb auf: Leiten Sie ein neues Verfahren ein!

Weiter Informationen über die Bundeshomepage der Kampagne <http://www.npd-verbot-jetzt.de/>

Und VVN/BdA Kreisverband Augsburg http://www.vvn-augsburg.de/2_archiv/07_npd_verbot/index.htm

Augsburg, den 25.9.2007
VVN/BdA Kreisverband Augsburg

Anhang: Artikel in unserem Infoblatt Oktober zur Kampagne

Passungen brauchen Toleranzen – die NPD passt nicht zu unserer Toleranz

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

Vorabdruck
Infoausgabe Oktober
VVN/BdA Kreis-
verband Augsburg

Neofaschistische Organisationen wie die NPD werden seit Jahrzehnten vom Staat toleriert. Als neue „Jugendbewegung“ (Durchschnittsalter unter 40 Jahren) bietet sich die neofaschistische NPD in Ost und West als Partei an. Seit der Gründung wird die Partei vom Verfassungsschutz beobachtet. Doch die über Anfragen im Parlament verlautbarten Erkenntnisse zur NPD sind mager oder bewusst mager gehalten¹. Umso erstaunter stehen wir den Äußerungen von Politikern (von Grün bis Schwarz) gegenüber, die ihre Verfassungsschützer nicht zurückziehen wollen. Das wäre aber nötig um die NPD zu verbieten. Denn der erste Verbotsantrag ist vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der Nichtverwendbarkeit von Spitzel-Aussagen gescheitert. Auf die im Zeitraum eines Verbotsverfahrens entgangenen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes können wir getrost verzichten. Der Antrag der Linkspartei „V-Leute aus der NPD abschalten“ wurde im Mai dieses Jahres allerdings mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Unterschriftenaktion ein Erfolg

Derweil ist unsere Unterschriftensammlung für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren ein großer Erfolg. Lokalpolitiker wie OB Dr. Wengert, MdB Heinz Paula oder Alt-OB Hans Breuer und viele andere AugsburgerInnen unterstützten mit Ihrer Unterschrift die Kampagne², die Mitte September 122.700 Unterschriften zählte. Vor Ort hat das traurige Spektakel der neofaschistischen Schreier im Dezember 2006 und Februar 2007 eine tiefe Ablehnung hinterlassen. Einmal ein braunes Rathaus³ genügt. Ein großes Bedürfnis nach einem Verbot war an den bisher sechs Infotischen⁴ der VVN/BdA in der Fußgängerzone festzustellen. Die Menschen können nicht verstehen, wie nach den Gräueltaten des faschistischen Deutschlands rechte Ideologen in Parlamenten sitzen dürfen, Deutsch-Nationalismus fördern und sich aus Steuergeldern finanzieren lassen. Die NPD zu verbieten bedeutet doch die Fortführung der Entnazifizierung und ist damit de-

mokratischer Auftrag. Ein Auftrag, den die demokratischen Parteien die letzten Jahrzehnte verschlafen haben.

Die Bedenkenträger

Jetzt rühmt z.B. die SPD-Bundestagsabgeordnete Fograscher (Kreis Donau-Ries) die paar Millionen von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Gelder zur Untersuchung des Rechtsextremismus⁵, ein Verbot lehnt sie ab. Der 1. ordentliche Länderrat der Grünen⁶ setzt auf eine „Demokratieoffensive“ und sieht ein Verbot im jetzigen Stadium (?) sogar als kontraproduktiv an. Wen wundert da noch ein Kommentar in der taz von Daniel Schulz, der die Lösung in einem „langandauernden, zivilgesellschaftlichen Engagement“⁷ sieht. Ein Verbot sieht er nicht als geeignetes Mittel an. Abgelehnt wird ein erneutes NPD-Verbotsverfahren auch von Verfassungsschutz-Präsident Heinz Fromm, wobei er an der Verfassungsfeindlichkeit der NPD nicht zweifelt⁸. Fassen wir zusammen: Die V-Leute können nicht abgezogen werden, da die NPD aggressiv verfassungsfeindlich ist. Der Logik folgend bedeutet dies, je aggressiver die NPD, desto unwahrscheinlicher ein Verbot. Wer kann da noch folgen. Die Liste der Bedenkenträger ließe sich fortführen.

Wachsende Zustimmung

Im Laufe der Kampagne gibt es auch sehr erfreuliche Entwicklungen. Viele Gewerkschaftsgruppierungen haben sich solidarisiert und der SPD-Partei-vorstand hat im August, im lesenswerten Antrag für den SPD-Bundesparteitag in Hamburg, in den Leitlinien zum Umgang mit dem Rechtsextremismus das Verbot der NPD aufgenommen.⁹

Antifaschistische Arbeit geht uns alle an

Die Finanzierung der NPD über die Wahlkampfkostenerstattung muss durch ein Verbot dieser Partei unterbunden werden. Die Auseinandersetzung mit dem rechtsextremen Gedankengut, das natürlich durch ein Verbot nicht verschwindet, ist eine andere Sache. Es gibt viele Verbote für Dinge, die Menschen trotzdem tun.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut ist eine Daueraufgabe für uns. Eine Daueraufgabe deshalb, da der Braunbereich in vielfältiger Form in unserer Gesellschaft anzutreffen ist. Von den „alltäglichen“ Vorurteilen, dem Rassismus über Antisemitismus bis zur Geschichtsverfälschung stehen wir gesellschaftlichen Erscheinungen gegenüber, die die Würde des



Infostand 1.Mai

Einzelnen mit Füßen treten. Die Kampagne für ein Verbot der NPD ist ein kleiner Baustein in der politischen Arbeit für eine demokratische gesellschaftliche Entwicklung. Diese „Passung“ braucht Toleranzen aber auch Grenzen. Die NPD passt nicht!

Aus diesem Grunde werden wir weiter für ein Verbot faschistischer Parteien und Organisationen eintreten. Für die Kampagne „NONPD“ werden wir am 29.9.2007 Unter dem Bogen in der Annastraße an unserem Infotisch wieder Unterschriften sammeln und über das braune Gedankengut informieren.

¹ <http://dip.bundestag.de/btd/16/046/1604675.pdf>

² <http://www.npd-verbot-jetzt.de/>

³ Zur Geschichte Filser/Thieme: Hakenkreuz und Zirkelnuß. Augsburg im Dritten Reich. Gondrom 1993

⁴ http://www.vvn-augsburg.de/2_archiv/07_npd_verbot/index.htm

⁵ http://www.vvn-augsburg.de/2_archiv/070503ESG/index.htm

⁶ http://www.gruene.de/cms/default/dokbin/179/179166.beschluss_rechtsextremismus_rassismus_un.pdf

⁷ taz 6.8.2007

⁸ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=566&Itemid=240

⁹ Antrag zum SPD-Bundesparteitag in Hamburg: „Demokratie stärken. Gewalt bekämpfen. Wirksam handeln gegen Rechtsextremismus.“ <http://www.spd.de/menu/1722734/>